



AKTUELLES

DATEN UND FAKTEN

Sie befinden sich hier:

[Startseite Niedersachsen](#)

[Aktuelles](#)

[Aus dem Bundesverband](#)

"Meine Arbeit ist was wert!"

10 Forderungen des VAMV für einen geschlechtergerechten Arbeitsmarkt

Berlin, 20. Juni 2011. Alleinerziehende sind auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Nicht weil sie allein erziehen, sondern weil sie mehrheitlich Frauen sind und weil sie Eltern sind. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) hat Forderungen für eine geschlechtergerechte Umgestaltung des Arbeitsmarktes verabschiedet. Den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung schätzt der VAMV dagegen als gut in der Analyse, aber als enttäuschend in den Umsetzungsperspektiven der Bundesregierung ein.

Die gesellschaftlichen Strukturen hinken den Ansprüchen von Alleinerziehenden nach: Sie wollen ihre Existenz zwar mittels eines selbst erwirtschafteten Erwerbseinkommen sichern - stoßen dabei aber auf Probleme wie mangelnde Kinderbetreuung, schlechte Bezahlung in sogenannten frauentypischen Berufen, geringe Aufstiegschancen sowie fehlende Arbeitsplätze außerhalb von Niedriglohn und Teilzeit. Die Folge: Auch wenn mit 60 Prozent überdurchschnittlich viele Alleinerziehende allein für das Auskommen ihrer Familie sorgen, ist ihr Armutsrisiko deutlich höher als das

von Paaren mit Kindern.

Auch die Bundesregierung hat erkannt, dass sehr häufig Frauen langfristig die negativen Folgen einer klassischen Aufgabenteilung in Partnerschaft und Familie tragen. Ausstieg aus dem Beruf oder Teilzeit begründen eine berufliche Abstiegsdynamik, die eine Trennung weiter verschärft. Das konstatiert die Bundesregierung in ihrer lang erwarteten Stellungnahme zum Gutachten der Sachverständigenkommission für den Ersten Gleichstellungsbericht und fordert faire Einkommenschancen für beide Geschlechter. Wie die Bundesregierung diese allerdings herzustellen gedenkt, bleibt offen. In ihrer Stellungnahme bleibt sie weit hinter den umfassenden Handlungsempfehlungen der Sachverständigenkommission, zurück, die im Januar unter anderem die Abschaffung von Minijobs und des Ehegattensplittings empfohlen hatte. "Das Wissen um Rezepte für einen geschlechtergerechten Arbeitsmarkt liegt auf dem Tisch, der Wille zur Umsetzung ist jedoch nicht erkennbar", bemängelt Edith Schwab, Bundesvorsitzende des VAMV.

Auf der Grundlage einer breiten Wissensbasis in Forschung und Politik zu den geschlechterpolitischen Aspekten des Arbeitsmarktes fordert der VAMV unter anderem die Abschaffung der Minijobs, eine Männerquote von 50 Prozent für Vorstände und Aufsichtsräte sowie eine Geschlechterquotierung in möglichst vielen Branchen, die Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes, eine obligatorisch paritätische Aufteilung der Elternzeit und die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer Individualbesteuerung.

Zum Download des Positionspapiers

[Zum Download der Pressemitteilung](#)

[Zurück](#)